Stadtratsfraktion LINKS für Magdeburg

Redebeitrag* des Fraktionsvorsitzenden, Frank Theile, zur Aktuellen Debatte am 14.06.2018:

"Kleingartenwesen der Landeshauptstadt Magdeburg, Kontrolle der öffentlichen Mittel"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Gäste,

wesentliches Arbeitsprinzip der Fraktion LINKS für Magdeburg ist eine an den gesetzlichen Aufgabenbestimmungen von GemeindevertreterInnen und Sachsen-Anhalt Orientierte, überparteiliche und ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger verpflichtete, sowie auf Fakten beruhende, basierende Stadtratsarbeit.

Lieber Roland Zander, uns geht es dabei vor allen Dingen nicht darum, die Existenzberechtigung einer Partei oder Ratsfraktion öffentlich herauszustellen und dies mit mehr oder weniger vornehmlich diesen Zweck dienenden Anträgen zu untermauern.

Zweifellos stellt das Kleingartenwesen in der Landeshauptstadt Magdeburg und alle damit zusammenhängenden ökologischen, bildungs-, kultur- sowie freizeitrelevanten Sachfragen wichtige Aspekte der Befassung des Stadtrats dar. In diesem Sinn halten wir auch einen Diskurs im Stadtrat auf qualifizierter Grundlage und mit konkreter kommunalpolitischer Zielstellung durchaus für berechtigt und jederzeit für sinnvoll und angebracht. Uns hat sich jedoch aus den Antragsunterlagen der Gartenpartei leider in keiner Weise erschlossen, welches kommunalpolitische Ziel im gesetzlichen Aufgabenspektrum unserer Gemeindevertretung die antragstellende Fraktion mit der Durchführung der heutigen Debatte verfolgt. Auch eine Diskussion über mögliche Hintergründe des ausgewiesenen (und vermeintlichen) Aktualitätsbezugs, ist uns auf der Grundlage der von der Fraktion Gartenpartei vorgelegten und wenig aussagekräftigen Debattenantragsunterlagen leider nicht möglich.

An die Stadtverwaltung gerichtet, halten wir es gleichwohl für sinnvoll, stetigen öffentlichen, öffentlich existierten und möglicherweise auch geschürten Gerüchten, Mut- oder Mutmaßungen über den Umgang mit öffentlichen Mitteln in der Zusammenarbeit mit dem Verband der Gartenfreunde e. V., durch angemessene, rechtlich zulässige Offenlegung wesentlicher Finanzbeziehungen aktiv entgegenzuwirken.

Im Übrigen gehen wir davon aus, dass es für die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel im Verein Verband der Gartenfreunde e. V., und zwar auf der Grundlage des in Deutschland gültigen Vereinsrecht, vereinsinterne Prüf- und Kontrollregularien geben muss und mit Sicherheit auch gibt. Die Auswertung der entsprechenden Prüfergebnisse dieser Gremien sind nach unserer Rechtsauffassung in aller erster Linie interne Rechte und Pflichten des Vereins und aller seiner Mitglieder.

Wir wehren uns als Fraktion grundsätzlich gegen jeden Versuch, in irgendeiner Weise, für möglicherweise innerhalb des Vereins, so auch des Verbands der Gartenfreunde e. V., bestehende oder auch vermutete inhaltliche oder persönliche Differenzen einseitig instrumentalisiert zu werden.

Von der Stadtverwaltung erwarten wir, dass die Rechtmäßigkeit und zweckbestimmte Verwendung von Zuwendungen in jeglicher Art an den Verein Verband der Gartenfreunde e. V. soweit zulässig, kontinuierlich und genau, überwacht bzw. geprüft wird.

Wir sehen mit dem heutigen Kenntnisstand überhaupt keinen Anlass an der Ordnungsmäßigkeit dieser diesbezüglichen Arbeit der Verwaltung zu zweifeln. Sollten der Fraktion Gartenpartei hierzu jedoch andere und zwar objektive Sachverhalte bekannt sein, fordern wir sie auf diese Dinge konkret zu benennen.

Die Darlegungen, lieber Roland Zander, die du heute an diesem Podium dazu hier abgegeben hast, das waren viele Dinge, aber ob sie objektiv waren, ob sie sachlich waren, da stelle ich mal, da stellen wir als Fraktion mal ein ganz großes Fragezeichen dahinter. Meine Vorredner haben gesagt, solche Sachfragen lassen sich auch auf anderer Weise sachlich, inhaltlich und erschöpfend klären, dem können wir uns als Fraktion nur anschließen. Etwaige Spekulationen der Sache oder nicht mit hinreichend Fakten unterlegten Begründungen öffentlicher Debatten, lehnen wir ab.

Zu den Debattenschwerpunkten Verlust von Kleingartenanlagen und deren Auswirkungen sowie Verlust von nicht katalogisierten Bäumen empfehlen wir dem Stadtrat, zunächst im zuständigen Fachausschuss für Umwelt- und Energie eine faktenbasierte Bewertung vorzunehmen und diese, soweit überhaupt erforderlich, möglichst zeitnah zur weiteren Qualifizierung und Bearbeitung in die Stadtratsdebatte einzubringen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

---

*Anmerkung: Es gilt das gesprochene Wort.